

Erscheint in Leipzig
Dienstag, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf.
pro Quartal.

Monats-Abonnements
à 54 Pf.

Werben bei allen deutschen Verlagsstellen
auf den 2. und 3. Monat, und auf den
3. Monat besonders angenommen.

Inserate

letz. Veranlassungen pro Zeile 10 Pf.,
letz. Druckbogenzeiten und Best. des
Zeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 46.

Freitag, 19. April.

1878.

Die Renegaten an der Arbeit.

Ludwig Bamberger, liberaler Reichstagsabgeordneter, Erdemagoge, Pardon; erst recht jetzt Demagoge, und Ausreißer bei Kirchheim-Plönden, — hat eine Schrift herausgegeben: „Deutschland und der Sozialismus“, in welcher er sagt:

„Versuche gewaltiger Gedankenverteilung werden regelmäßig den Kürzeren ziehen. Nur in furchtbaren Momenten, in welchen die Verbreiter neuer Ideen selbst zum Kampf mit barbarischen Werkzeugen greifen, setzt auch die heutige Zivilisation ihre Empfindsamkeit so weit beiseite, daß sie nicht vor barbarischen Mitteln im Dienste ihrer Selbsterhaltung zurückbleibt.“

Diese Anschauung wäre ja an sich nicht zu bemängeln; auch wir halten das schwächliche christliche Rezept von der rechten und linken Wade für höchst einseitig, während wir uns, wie hier Herr Bamberger, dem jüdischen kräftigen: Auge um Auge, Zahn um Zahn, jüncigen — aber der Ausspruch Bambergers beruht auf historischer Unwahrheit, die zu Gunsten der Herrschenden ausposaunt wird. Wann haben denn die Verbreiter neuer, und, da Bamberger vom Sozialismus spricht, idealer Anschauungen jemals selbst zum Kampf mit barbarischen Werkzeugen gegriffen, ohne von der herrschenden Gesellschaft provoziert zu werden? Niemals! Deshalb fällt Bamberger die historische Entwicklung der „neuen Ideen“ zu Gunsten der herrschenden Gesellschaft — eine eines Renegaten allerdings vollständig würdige „Arbeit“.

Vom 1. Oktober d. J. ab soll in Berlin eine die „Sozial-Correspondenz“ ergänzende Wochenschrift erscheinen, deren hauptsächlichste Aufgabe es sein soll, in populär-wissenschaftlicher Form die großen sozial-politischen Probleme der Gegenwart dem Interesse und Verständnis der gebildeten Schichten der Nation nahe zu bringen. Es wird sich vorzugsweise darum handeln, genau und systematisch nach allen Seiten hin die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie Schritt für Schritt zu verfolgen, in historisch-kritischen Gedanken und Gestalten des wissenschaftlichen Sozialismus im neunzehnten Jahrhundert, die modernen Arbeiterbewegungen (Chartismus, Juni-Aufstände, Kommune etc.) zu schildern, endlich die Ziele einer sozialen Reformpolitik zu erforschen und zu begründen, welche den Bedürfnissen der Gegenwart gerecht wird. Selbstverständlich wird das Organ sich mit politischen Tagesfragen nur insofern befassen, als dieselben einen sozialen Inhalt haben und dieser Inhalt an der Hand wissenschaftlicher Forschung auf seine Bedeutung hin zu prüfen ist. Vom Boden der liberalen Weltanschauung aus soll in den gebildeten Klassen des Volkes eine sachliche, unbefangene wissenschaftliche Auffassung dieser gewaltigen Probleme vermittelt werden, deren brennende Wichtigkeit sich in ganz rapider Weise steigert, ohne daß die rechtzeitige Erkenntnis der besessenen Wächter moderner Kultur mit dieser Entwicklung gleichen Schritt hält. Es soll zugleich dem hochdemagogischen Treiben des „Staatssozialisten“, wie den Schlagworten der den Liberalismus einigermaßen compromittierenden „Sozialen Frage“ von Max Hirsch ein Gegengewicht geboten werden, während ein ergänzendes und freundschaftliches Hand-in-Handgehen mit der in ihren kleinen und lehrreichen Artikeln das sozial-politische Verständnis der großen Masse so heilsam fördernden „Sozial-Correspondenz“ in Aussicht genommen ist. Eine angesehenere Verlagsfirma, sowie namhafte Männer der Wissenschaft wenden dem Unternehmen das lebhafteste Interesse zu; als Redakteur ist Franz Mehring in Aussicht genommen, dessen Buch über die deutsche Sozialdemokratie ja seiner Zeit allgemeine Anerkennung gefunden hat.“

So lesen wir in der „Sozial-Correspondenz“ des Herrn Viktor Böhmert, den wir schon fast vergessen hatten wegen seiner geradezu bodenlosen Unbedeutendheit. Wir haben es augenscheinlich mit einem Ableger, mit einer sogenannten Wochenausgabe der „Sozial-Correspondenz“ zu thun. Böhmert u. Böhmert und Mehring sein Prophet; Mehring, der Exkommunist und jetzige Polizeidemagoge, soll den Hochdemagogen des „Staatssozialisten“ und dem „Demagogen“ Max Hirsch, den wir uns kaum anders denken können, als sitzend auf einem Nachsitzen, die „Soziale Frage“ (redigiert von Dr. Max Hirsch) lösend — also der Polizeidemagoge soll den anderen Demagogen den Garau machen — vor Gambium klatschen wir, die Demokraten, ob dieses Demagogentreibens in die Hände, wir sehen ja mit Genugthuung, wie einer dieser Helden den andern abthut.

Wertwürdig! Stöder, Dirsch und Mehring, alle drei, doch der Letztere ist der größte unter ihnen — weil er ein offenkundiger Renegat ist und die Polizei am besten kennt, er wird dem Bolterer und dem Dummkopf schon den Rang ablaufen. — Alle anständigen Leute aber, denen es Ernst ist um des Volkes Wohl und um eine vernünftige Lösung der sozialen Frage, werden sich fern halten, sowohl von Ludwig Bamberger, als auch von dem letztgenannten Kleeblatt; sie werden sich der Sozialdemokratie, als der einzigen redlichen Partei, zuwenden.

Das Erziehungswesen in den Vereinigten Staaten.

III.

Nicht selten sehen also an der Spitze des Volksschulwesens Schnapswirth, Vorbehalter, politische Dummler, Sachwalter und Kerze ohne Kunden, und — aristokratische Geldmänner, welche die Schule absichtlich verschlechtern, welche sich am Schulfond betriegerisch bereichern, oder die Lehrerstellen verkaufen oder mit ihren Wirtinnen und Wünstlingen besetzen wollen. Aber

selbst wo dies nicht der Fall ist, wirkt unter solcher unpädagogischen Oberleitung das amerikanische Scheinwesen zum Nachtheile der Schule. Es werden für dieselbe ungeheure Summen bewilligt, aber das Meiste davon geht darauf, um Prachtpaläste von Schulhäusern zu bauen, welche gewöhnlich unzweckmäßig eingerichtet sind, um ein unnützes Verwaltungs-Personal zu besolden, eine Klasse auswendig zu lernender Schulbücher den Schülern zu schenken und die Oberlehrer reich zu bedenken anstatt der Lehrer für die Anfänger, welche die schwerste Arbeit verrichten. Diese Letzteren, meist selbst erst der Schule entlaufen, haben überfüllte Klassen von Kindern ohne häusliche Erziehung, müssen gewöhnlich nach Methoden unterrichten, welche das Brett bohren, wo es am Dicksten ist, haben große Noth mit dem unregelmäßigen Schulbesuche, sind überbürdet mit tabellarischer Berichterstattung über alle Vorkommnisse in den Klassen, haben selbst nie denken gelernt und können also nicht denken lehren, werden gehofmeister von Schulvorständen, Oberlehrern und Eltern, welche ihnen die eignen Fehler und die des Systems aufbürden, müssen ihre beste Unterrichtszeit mit religiösen Uebungen, strengster mechanischer Fucht und Ordnungsregeln verschwenden und die Kinder dumm langweilen und können also nur einen kleinen Bruchtheil ihrer Schüler für die Mittel-, einen ganz kleinen für die Oberklassen reifen, wo die Jugend mit massenhaftem Auswendiglernen der Textbücher vollends geistig verkrüppelt wird. Drei Viertel aller aufgenommenen Schüler gehen ab, ehe sie die Mittelklassen, vom letzten Viertel eine Hälfte, ehe sie die Oberklassen erreichen, und vom letzten Achtel kommen je zwei vom Hundert bis zum Ziel der Volksschule. Von dieser Regel findet man nur in wenigen Großstädten Ausnahmen, wo deutscher Einfluß nachhaltig gewirkt hat. Wenn trotzdem viel natürlicher Verstand unter den Eingebornen zu finden ist, so verdankt man das weit mehr der Schule des aufregenden Lebens als der eigentlichen Schule, sowie der natürlichen Degeneration und der weitverbreiteten Einsicht, daß das Lernen Geld einbringt.

Und als wenn dies nicht schlimm genug wäre, so loden die katholischen Pfaffen immer mehr Kinder in ihre Kirchenschulen und agitiren unter ihren Schafen für Theilung des Volksschul-Fonds unter die Selten nach der Kopfzahl; aber auch einzelne protestantische Selten unterhalten große und kleine Schulen. In diesen Kirchenschulen steht es begreiflicherweise noch schlimmer um die wahre Erziehung.

Der Kampf der wahren Pädagogen um Verbesserung der Volksschule und Erziehung ist also ein ziemlich hoffnungsloser, wenigstens vorläufig. Diese große Sache geht vielmehr zurück; das Einzige, was man wollen kann, ist den Rückgang zu verlangsamen. Der Kapitalismus trägt daran die Hauptschuld. In allen Staaten, wo er uneingeschränkt herrscht, wie in New-England, New-York, New-Jersey, Pennsylvania, werden die Schulen des Volkes planmäßig verkümmert, und nur die für die herrschende Klasse gehalten — man will ein Volk von Chinesen erziehen. In den Fabrik- und Minen-Bezirken geht die Volksschule aus Mangel an Mitteln und an Schulbesuch reißend schnell rückwärts; in den Großstädten weiß man es so anzustellen, daß die Kinder der Armen nicht in denselben Schulhäusern mit denen der Wohlhabenden zusammenreifen können. In fast allen Staaten aber sind, seit die Sparamkeitswuth eingerissen ist, die Lehrergehälter beschnitten, und ist der Bau neuer Schulhäuser unterlassen worden, obwohl die schulfähige Jugend rasch an Zahl zunimmt. Ja, im Staate New-York wird stark dafür agitirt, die Oberklassen der Volksschule eingehen zu lassen, angeblich weil sie bloß der Jugend der Wohlhabenden zugute kämen; und auch anderwärts erschallt ein solches Verlangen. Daß in den ehemaligen Sklavenstaaten, auch wo die Mittel dazu vorhanden sind, für die Volksschulen blutwenig geschieht, und daß dort für Regier besondere Klassen und Häuser bestehen (kommt auch in den nördlichen Staaten vielfach vor), in welchen schlechter für die Erziehung gesorgt ist als in denen für die weiße Jugend, nimmt kaum Wunder. Man sollte meinen, daß die brotlose Zeit Tausende von arbeitslosen Menschen von Fähigkeit dem Lehrberufe zutriebe, so daß eine größere Zahl dazu Geeigneter zu finden sein müßte. Allein es findet eher das Gegentheil statt; bei jeder ausgeschriebenen Vacanz melden sich Massen von Bewerbern; darunter sind aber weniger Befähigte als je vorher — so abschreckend ist für einen Menschen von Talent, Kenntnissen und Charakter hierzulande der Volksschuldienst.

Es mag in Europa in dieser Hinsicht nicht besser stehen, wenigstens nach allen gedruckten und mündlichen Berichten; allein es kann kaum schlechter stehen. Es ist deshalb höchster Anerkennung werth, daß der deutsche Lehrerbund in der Union und eine Anzahl deutscher Freunde wahrer Volkserziehung damit beschäftigt sind, im September d. J. ein Muster-Seminar zu begründen, in welchem Lehrer, beider Sprachen gleich mächtig und der hiesigen Bedürfnisse kundig, so ausgebildet werden sollen, daß sie wahrhaft freie Menschen erziehen können. Bis jetzt sind zu diesem Zwecke 50,000 Dollar etwa gesammelt, und mehr wird beigetragen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Ein Zeichen der Zeit, und zwar ein sehr bedeutendes, ist der Umstand, daß das Streben nach geistigem Fortschritt bei den herrschenden Klassen mehr und mehr erlahmt, wohingegen die Sucht nach Erlangung materieller Güter fast ausschließlich deren Sinnen und Trachten in Anspruch nimmt. Einmal auf diesen Standpunkt gelangt, ist der Verfall, der Untergang dieser Gesellschaftsklassen nur noch eine Frage der Zeit. Zwar erheben sich dann und wann Stimmen aus diesen Klassen, die

mahnend an die Lehren der Geschichte erinnern, und es werden auch wohl mitunter Mittel und Wege in Vorschlag gebracht, wie dem Verderbniß Einhalt geboten werden könne — aber die Stimmen verhallen ungehört, und alle Versuche, das Unheil abzuwenden, scheitern an der moralischen Erschlaffung. Zu den vielen Beweisen über den geistigen Rückgang der dominirenden Klassen, die wir schon erbracht haben, wollen wir heute einen weiteren hinzugesellen. Dieser Beweis wird uns geliefert in dem diesjährigen Programm, welches das Direktorium des Gymnasiums zu Liegnitz herausgegeben hat, und in welchem es folgendermaßen heißt:

„Zu Ostern vor. J. vollendeten von zehn Abiturienten des Gymnasiums zwei die Prüfung überhaupt nicht, vier bestanden sie nicht, und nur vier wurden für reif erklärt. Aus anderen Städten der Provinz wurden ähnliche Prüfungsergebnisse gemeldet; aus einer Stadt wurde sogar berichtet, daß von 21 Oberprimanern nur sieben das Zeugniß der Reife erlangt hätten. Auch aus anderen Provinzen des Staats gingen ähnliche Nachrichten ein, so daß die öffentliche Meinung anfang, sich zu beunruhigen und die Tagespresse die Ursachen dieser betrübenden Erscheinungen diskutirte. Es lohnt sich auch wohl der Mühe, diese Ursachen aufzusuchen. Der Schulmann weiß recht gut, wo sie liegen. In vereinzelten Fällen mag Mangel an Befähigung und an Beruf für eine gelehrte Laufbahn die Ursache des Mißlingens der Prüfung sein; im Allgemeinen ist es die ins Unglaubliche gesteigerte Genußsucht und die daraus heranstammende Arbeitsfurcht unserer Jugend. Es ist unsonst, daß die Schule durch Lehre und Beispiel zu ernster Arbeit anhält; außerhalb der Schule, nicht bloß in Haus und Familie, sondern leider überall weht ein ganz anderer Wind. Wenn die Genußsucht unserer Jugend vom Hause auch nicht immer direkt gefördert wird, so wird sie doch oft aus Schwäche geduldet. Es ist aber angelegentlich ihrer traurigen Folgen hohe Zeit, daß das Haus der Schule die Hand reiche zu kräftiger Bekämpfung dieses gefährlichen Feindes unserer Jugend und Zukunft, damit nicht ein Geschlecht heranwache, das, der Arbeit entfremdet und dem Genuße lebend, unfähig ist zur Erfüllung der täglich wachsenden Aufgaben im Staat, in der Gemeinde und in der Kirche. Ihre meisten Opfer fordert die Genußsucht allerdings erst nach der Schulzeit; wir, die wir mit Theilnahme die weiteren Wege unserer früheren Schüler verfolgen, wissen davon zu erzählen. Allein es ist doch wahr, daß der Grund zu allem spätern Unheil früher gelegt wird. Wächten darum Alle, die es angeht, vor Allem die Eltern unserer Schüler, und die Hand reichen zum Kampfe gegen die epidemisch gewordene Genußsucht und Arbeitsfurcht der Jugend. Es handelt sich um die Zukunft nicht bloß unserer Söhne, sondern des Vaterlandes, das Bürger nöthig hat, die arbeiten wollen und können.“

Ja, ja — das „Vaterland“ braucht „Bürger“, die arbeiten wollen und können. Aber diese „Bürger“ in den Reihen der Reichen zu suchen oder aus denselben herauszuziehen, ist verlorne Mühe. Nein, die „Bürger“, die das „Vaterland“ braucht, sind ganz anderswo zu suchen; ja, sie sind zum Glück schon da und wirken unablässig darauf hin, daß alle „Bürger“ arbeiten müssen.

— „Bettler und Bagabunden“. Die Aufwiegler aus den sogenannten besseren Ständen, die in jedem wandernden Handwerker einen Bettler und Bagabunden erblicken, und auch der „berühmte“ Landrath Stiehlow von Oschersleben mögen sich nachstehende Notiz zu Gemüthe führen, die, aus Raumburg datirt, merkwürdigerweise in der „Magdeburgischen Zeitung“ zu lesen ist: „Als ein Beweis für die herrschende Arbeitslosigkeit kann u. a. die Thatsache angesehen werden, daß im Monat März nicht weniger als 574 Personen in unserer streng geleiteten Herberge übernachtet haben. Es waren dies durchweg ordentliche Handwerksgehilfen.“ — Wo bleiben da die „Bettler und Bagabunden“ auch der „Magdeburgischen Zeitung“? Antwort: Sie sind zu suchen in der Lügenhaftigkeit und der Arbeiterfeindschaft!

— Humanität. Der Fabrikanten-Verein zu Gork (Schlesien) stattgehabten Neuwahl wurde der conservative Fürst von Hayfeld mit 8989 Stimmen gewählt. Der sozialdemokratische Candidat, Sattlermeister J. Kräder aus Breslau, erhielt 2080 Stimmen. Mit dem Anfang in jenem Kreise können wir also zufrieden sein; daß bei der nächsten Wahl auf unsern Candidaten mehr Stimmen kommen, dafür soll gesorgt werden.

— Gegen den Spruch des Mannheimer Schwurgerichts, welches den schweizer Bürger Buchhändler Schabelitz in Zürich wegen Hochverrats am deutschen Reiche zu längerer Freiheitsstrafe verurtheilt, hat sich in der schweizer Presse ein Sturm der Entrüstung erhoben. „Ist die Schweiz schon preussische Provinz?“ ruft unser schweizerisches Parteiorgan, die „Tagwacht“, aus; und der Winterthurer „Landbote“ verlangt, daß der schweizerische Bundesrath sofort und mit Bestimmtheit einschreite, und von Deutschland die Aufhebung eines Urtheils verlange, das sich über die Schweiz die Jurisdiction anmaße. Ohne uns des Mannheimer Schwurgerichts annehmen zu wollen, das freilich besser gethan, wenn es Schabelitz freigesprochen hätte, müssen

wir doch hervorheben, daß das deutsche Strafgesetzbuch die Verfolgung eines jeden Ausländers wegen Hochverrats am deutschen Reich gestattet. Die Jurisdiktion der deutschen Gerichte erstreckt sich daher nicht nur auf die Schweiz, auch alle andern Staaten, die ganze Welt ist durch das deutsche Strafgesetzbuch gleichsam juristisch annectirt. Im Grunde genommen liegt die Sache für Schabelitz aber nicht so schlimm, denn wie weiland die Nürnberger, so hängen hoffentlich auch die Mannheimer Keinen, sie hätten ihn denn zuvor.

Der internationale Arbeiter-Congress, der während der Pariser Weltausstellung auf Beschluß des Yoner Arbeitercongresses in Paris tagen sollte, ist von der französischen Regierung verboten worden. Das Verbot war vorauszu sehen. Denn wie sollte auch eine „Republik“, die sich sogar der Pro tektion eines Bismarck erfreut, die Volkrechte achten, und namentlich wenn es Arbeiter sind, die sie auszuüben gedenken.

Die Fenier rühren sich wieder in Irland. So wird aus London gemeldet: Ein Peer des Reiches, Besitzer von 95,022 Acres in Irland, der 72jährige Earl of Leitrim, wurde gestern Morgen nahe bei seiner Besitzung in der Grafschaft Derry ermordet gefunden, mit ihm sein Schreiber und sein Kutscher. Die Brust des Grafen war von einer Kugel durchbohrt, sein Kopf zerschmettert, der linke Arm gebrochen, der rechte völlig zertrümmert. Der Leichnam lag in einem Sumpfe. Von den Thätern weiß man noch nichts; jedoch bringt man den Mord damit in Verbindung, daß der Getödtete kürzlich eine Wittve aus ihrem Hause ausweisen ließ, in dessen Nähe der Angriff stattgefunden haben soll. — Soweit der Bericht aus London. Wir wenden uns natürlich gegen jede Gewaltthat; aber sollten die Besitzenden nicht einsehen wollen, daß ihre oft so grausame Handlungsweise die Armen und Enterbten zur Verzweiflung treibt? Was ist denn eigentlich unmenschlicher, eine Wittve aus dem Hause zu treiben oder einen Grafen zu erschlagen?

„Noch ist Polen nicht verloren!“ — Die Ruhe eines Kirchhofs herrschte seit dem Jahre 1864 in dem Königreich Polen; man wagte kaum zu athmen, denn das Athmen wurde mit der Knote und mit dem Blei bestraft, der russische Heiser wachte, sein böses Gewissen ließ ihm nicht Raft noch Ruhe. Der orientalische Krieg hat etwas Luft gebracht, der gefesselte Pole darf wieder athmen; der Riese selbst wurde an den Füßen gefesselt und wenn auch siegreich, doch in Fesseln; und zu seinen Häupten droht das Gespenst nicht der polnischen, sondern der russischen Revolution. Die letztere muß gebannt werden, deshalb sucht man die erstere zu entzünden; der Panславismus muß ein Opfer haben. Aber daß man dem Panславismus Polen zum Opfer vorwerfen will, beweist, daß letzteres noch lebt, daß es noch seine nationale Stelle behauptet, daß es noch immer sein stolzes Haupt erhebt, zur Schande aller Derer, welche das Nationalitätsprinzip als den leitenden Gedanken des 19. Jahrhunderts proklamirten und das nationale Polen preisgeben.

Die „Wiener Deutsche Zeitung“ läßt sich aus Warschau schreiben:

In Folge eines kleinlichen Anlasses fing es unter den Studenten zu gähren an. Die Regierung intervenirte mit Gensdarmen, sie nahm Hausdurchsuchungen vor und schritt unbedacht zu Verhaftungen. Darob ist Warschau in Aufregung versetzt worden, in eine Aufregung, deren Folgen sich jetzt schwer berechnen lassen. Den mittelbaren Grund zu den Verhaftungen gab eine Vorlesung des Professors Spasowicz über den Dichter Wincenty Pol. Spasowicz, ein Pole, jedoch Panslawist, kam aus Petersburg hierher, um einen Dichter, welcher die polnischen historischen Traditionen hochgehalten hat, des ihn umgebenden Kimbus zu entkleiden und seinen altpolnischen Patriotismus als Chinesenthum hinzustellen. Die Vorlesung war stark besucht, und es befand sich im Vorlesungssaale auch ein Häuflein polnischer Studenten, welche in den russischen Schulen sich bereits zum Panславismus bekehrt haben. Dieses Häuflein applaudirte demonstrativ jede Stelle der Vorlesung, welche ihre Spitze gegen die polnischen Traditionen lehrete. Die Presse hat sich einstimmig sogar mit Entrüstung sehr abfällig über die Vorlesung ausgesprochen, und der beliebte Feuilletonist des „Kurjer Wars-

zawski“ der Schriftsteller Woleslaw Prus, zog sehr heftig gegen die panславistischen Demonstranten ins Feld. Diese überfielen ihn in der Nacht als er nach Hause ging und vergriffen sich thatächlich an seiner Person. Die Polizei kam dem Ueberfall zu Hilfe und es wurden einige von den Excedenten in Haft genommen. Als dieser Vorfall in der Stadt bekannt wurde, war die Entrüstung über die rauschhaften Panславisten eine allgemeine. Die Blätter forderten trotz Censur die übrige Jugend auf, sich jeder Solidarität mit den „Vagabunden“ zu enthalten, was zur Folge hatte, daß die polnisch gefinnte Jugend die Panславisten aus den Hörsälen hinauswarf. Wieder schritt die Polizei ein und diesmal verhaftete sie zwanzig Studenten, welche in Ketten geschlagen, unter Gensdarmen-Escorte durch die belebtesten Gassen der Stadt ins Gefängniß auf die Citadelle geführt wurden. Der Anblick dieser „Opfer“ steigerte die allgemeine Erbitterung derart, daß es in der Swistokzka Allica zwischen dem Volke und den Gensdarmen zum Handgemenge gekommen wäre, wenn sich nicht die angesehensten Bürger die größte Mühe gegeben hätten, auf das Volk besänftigend einzuwirken und den ganzen Vorfall als ein Mißverständnis, welches bald aufgeklärt sein werde, hinzustellen. Gleichzeitig wurden in den Wohnungen der Verhafteten Hausdurchsuchungen vorgenommen, welche später zu weiteren Verhaftungen einiger Advokaten und Bürger führten. Es sollen bei einem der Inhaftirten Proklamationen eines polnischen Revolutions-Comités vorgefunden worden sei. Die Polizei fahndet nun Tag und Nacht nach Theilnehmern an der angeblichen Verschwörung, nimmt Hausdurchsuchungen bei den ruhigsten Personen vor, steigert dadurch die Erregung der revolutionären Emigrantenpartei und arbeitet so den Rühmisten in die Hände. In manchen Kreisen herrscht hier die feste Ueberzeugung, daß es im Plane der russischen Regierung liege, irgendwelche Bewegungen in Polen zu provoziren, um den großen Widerspruch welcher darin liegt, daß sie die Slaven auf der Balkanhalbinsel „befreit“ und im Innern die Polen unterdrückt, wenigstens anscheinend rechtfertigen zu können. Auch soll eine zu provozirende polnische Bewegung den Grund geben, größere Truppenansammlungen in Congresspolen zu rechtfertigen. Diese Vermuthung hat sehr viel Wahrscheinlichkeit für sich, wenn man sich das in der letzten Zeit offenbar herausfordernde Benehmen der Regierungsorgane gegenüber der Bevölkerung vor Augen hält.

Soweit der Bericht der „Deutschen Zeitung“. Daß das „Väterchen“ an der Rewa in großer Verlegenheit sich befindet, um seine Siegesthaten gehörig auszunutzen, das weiß man; daß er sich lange gekräufelt hat, dem Panславismus Concessionen zu machen ist ebenso bekannt, da aber nunmehr der „thönerne Riese“ selbst nach den Siegen so recht in seiner Schwäche sich zeigt, wenn er nicht ein Volkselement für sich zu entzünden vermag, deshalb greift „Väterchen“ zu dem verzweifelten Mittel, den Panславismus auf die Bühne zu rufen, der die völlige Unterwerfung aller slavischen Nationalitäten unter das Russenthum verlangt und dem nunmehr auch der letzte Rest der polnischen Nationalität zum Opfer fallen soll. Gelingt es dem Panславismus, seine „Mission“ durchzuführen, dann ist ganz Europa von der asiatischen Unkultur auf das Ernstlichste bedroht — die russische Regierung, selbst wenn sie wollte, kann kein „Halt“ mehr gebieten: „Die sie rief, die Geister, wird sie nicht mehr los“. Und Deutschland? Und Europa? Gabe es ein Deutschland, gabe es ein Europa, dann brauchte man sich nicht zu sorgen, dann würde mit der nationalen Wiederherstellung Polens der Damm aufgeföhrt gegen die zärtlichen Umarmungen, welche der russische Vär der Jungfrau Europa zubent, dann würde die orientalische Frage gelöst unter dem brausenden Gesange: „Noch ist Polen nicht verloren!“

Die orientalische Frage befindet sich noch immer im Stadium der diplomatischen Erdörterungen: England will nach wie vor von dem zwischen Rußland und der Türkei geschlossenen Friedensvertrage nichts wissen, und Rußland läßt scheinbar einen Punkt nach dem andern dieses Vertrags fallen. Wir sagen ausdrücklich: scheinbar, denn in Wirklichkeit wird Rußland nicht ein Theilchen des Raubes, den es an der Türkei begangen hat, gutwillig herausgeben. Der „gordische Knoten“ der orientalischen Frage wird durchhauen und dem russischen Rimmersatt eine derbe Action ertheilt werden müssen, wenn anders Europa sich für die

nächsten Decennien einer friedlichen Entwicklung erfreuen soll. Inzwischen richten sich die Russen in Bulgarien „häuslich“ ein, und allem Anschein nach steht diesem Lande dasselbe Schicksal bevor, das Esch-Botbringen ereilt hat — es wird „Reichsland“ werden und nur zum Schein eine Selbstverwaltung erhalten.

Auch Rumänien wird zum Dank für seine Dienste, die es Rußland geleistet, wie eine russische Provinz behandelt. So lesen wir: „Die Okkupation und Einverleibung Rumäniens hat ihren Anfang genommen. Die russischen Offiziere bemächtigen sich auch überall der Verwaltung, als ob es gar keine Convention vom 18. April 1877 gäbe. Die Zimmermann's Corps aus der Dobrubtscha in die Wolbau, so rüsten drei weitere Armecorps aus Bulgarien über Rußland in die Balaschi vor. Sie sollen zunächst Plojeschi und Pitestchi besetzen, die beiden großen Eisenbahnstationen im Nordosten und Nordwesten Bulareits, das sie von da aus unbedingt beherrschen und jeden Moment besetzen können. Rußland kann sich in der That nur Glück wünschen, daß man ihm nach der türkischen auch noch die rumänische Armee zu vernichten gestattet wird, ehe man in Wien und London schlüssig darüber wird, was dem Frieden von San Stefano gegenüber geschehen wird.“ — Der Fürst Karl von Rumänien nimmt solchem Vorgehen gegenüber eine mannhafte Stellung ein; er sagte, man könne wohl die rumänische Armee vernichten, aber nimmermehr entwaffnen. Aber was hilft das Alles: Rußland wird nur dem Willen Europas gehorchen, und Europa ist zum Mindesten in sehr trauriger Verfassung. Die Balkanvölker aber sind wenigstens zu der Erkenntniß gekommen, daß der russische „Befreier“ ein Mörder und ein Räuber, und daß der türkische „Despot“ ein anständiger Mensch ist.

Der bisherige „Präsident“ des aus etwa 160 zahlenden Mitgliedern, welche über ganz Deutschland zerstreut sind, bestehenden Vereines, welches sich unbegreiflicherweise „Allgemeiner deutscher Arbeiterverein“ nennt, Herr Julius Röthling in Leipzig, wurde seines hohen Postens enthoben. Herr Röthling wurde durch Streber, welche nach dem Präsidentensessel streben, verdrängt. Sein Nachfolger in der „Regierung“ ist ein Herr Franz Geweke in Bremen. Diese wichtige Neuigkeit bringt der mit liberalem Gelde oder Wasser gehaltene Revisor der 160, die „Deutsche Volkszeitung“, in einer sehr schwülstig gehaltenen „Bekanntmachung“, welche jedem Polizeiblatt zur Ehre gereichen würde. — Gewisse an Größenwahn kranke Personen fühlen sich sehr glücklich, wenn sie ein wenig „Präsident“ spielen können. Wir gönnen ihnen das Vergnügen, so lange der Schwindel dauert, — lange wird's auf keinen Fall mehr währen.

Von der „Zukunft“, sozialistische Revue, ist soeben das 14. Heft erschienen. Inhaltsverzeichnis: 1) Die Vermehrung der Produkte durch sozialistisch organisirten Betrieb. 2) Untersuchungen über die Grundprinzipien der Sozial-Ökonomie. Von De Paeppe. (Fortf.) 3) Ein Brief von Robertus-Jagorow. 4) Zur wirthschaftlichen Krisis II. 5) Rezensionen.

Polizei, Sozialdemokratie und Versammlungsrecht.

Da den Nationalliberalen die Ministerstühle entrückt wurden, und da sie nicht die geringste Aussicht haben, je zum „Regieren“ zu kommen, wird ihnen vor der Zukunft bange. Sie erinnern sich jetzt plötzlich, daß es Rechte giebt, welche von der Polizei nicht angetastet, deren freie Ausübung den Staatsbürgern, gleichviel welcher politischen Richtung, nicht geschmälert werden dürfe. Die Leute, welche bis vor Kurzem jeder Maßregel, die gegen die Sozialdemokraten beliebt wurde, zustimmten, die es mit verschuldeten, daß unsere durchaus mangelhaften Gesetze, welche der Polizei überall Hintertürchen offen lassen, zu Stande kamen; Leute, die bei jeder Gelegenheit die Polizei gegen die Sozialdemokraten zu Hilfe riefen und denen es, wenn ihre Parteimitglieder würdig und fähig befunden worden wären, Ministerposten zu bekleiden, nie eingefallen wäre, an der bisherigen „Ordnung“ zu rütteln, diese Leute werden jetzt auf einmal „freisinnig“ und nehmen sich der gefährdeten Volksrechte

Zwei Geschichtsabschnitte.

Schon oft ist, um unsere heutige Gesellschaftslage zu kennzeichnen und den weiter und weiter an sich greifenden Verlesungsprozeß vor Augen zu führen, auf die letzten Jahrhunderte der römischen Geschichte verwiesen worden, also auf eine Zeit, die mit der unrigen gerade in dieser Beziehung überraschende Aehnlichkeiten aufweist. Sehen wir ein wenig näher zu; vergleichen wir die römische Welt, wie sie sich uns von Christi Geburt bis zum Untergange des weströmischen Reiches vorstellt, mit unseren heutigen Zuständen, und ziehen wir unsere Schlüsse daraus.

Die Weltanschauung einer Gesellschaft, eines Volkes, die den Boden der Existenz beider bildet, und ohne welche eine Geschichtsperiode gar nicht denkbar wäre, drückt sich in der Religion am klarsten aus und durchzieht von diesem Centralpunkte aus den ganzen Gesellschaftsorganismus, so daß auch in seinen anscheinbarsten Verzweigungen diese Weltanschauung sich wieder spiegelt.

Fragen wir nun, welche Weltanschauung es gewesen ist, die zu Cäsar's und seiner Nachfolger Zeiten die römische Welt beherrschte, so müssen wir constatiren, daß der damaligen Gesellschaft eine solche überhaupt abhanden gekommen war. Der Glaube an die alten Götter, an den Olymp und den Tartarus war verschwunden, die Götter, die der ehemalige Römer mit heiliger Andacht verehrte und denen er stets sein Bestes zum Opfer gebracht hatte, waren längst vergessen, statt ihrer liebten sich die Kaiser vergöttern. Mit dem alten Glauben hatte man definitiv gebrochen, er hatte aufgehört das Lebensprinzip jener Zeit zu sein; das um dieselbe Epoche entstehende Christenthum dagegen war noch ohne allen und jeden Einfluß. Die ersten Anzeichen, die um diese Zeit bis nach Rom drangen, waren schon darum ohne Bedeutung, weil sie sich fast ausschließlich in den zur römischen Welt gar nicht zählenden Elementen der Sklaven und des untersten Volkes ansetzten.

Auf der einen Seite den zusammengebrochenen Götterglauben, auf der anderen das wachsende Christenthum, schwebte die römische Welt gleichsam in der Mitte ohne jeden sittlichen Halt, den Glauben der Väter als einen überwundenen Standpunkt betrachtend, aber nicht vermögend, irgend etwas Besseres an dessen Stelle zu setzen oder gar die Idee des Christenthums zu erfassen und sich zu eigen zu machen. So hin und her gezogen von dem ewigen Schwanken zwischen Materialismus und Idealismus und nicht die Kraft in sich fühlend, für den Einen oder den Anderen Partei zu ergreifen, verzweifeln an sich selbst,

suchte die römische Welt ihre Existenz zu vergessen durch Veranschauung der Sinne.

Die römische Welt bestand zu Cäsar's Zeiten aus wenigen tausend Familien, fast alle übrigen Bewohner der dem römischen Reich unterworfenen Länder waren Sklaven und hatten als solche durchaus keine Berechtigung. Diesen wenigen tausend Familien standen alle Reichthümer der damals bekannten Welt zur Verfügung. Unermeßliche Schätze wurden nach Rom geschleppt und ebenso unermeßliche Summen, die dem Schweiß von Hunderttausenden von Menschen ausgepreßt waren, für nichtsagende Dinge und Veranlagungen verausgabte, einzig und allein, um einige wenige Menschen zu zerstreuen und sie für einige Stunden ihres halllosen Daseins vergessen zu machen. Und nicht bei den Produkten seines Schweißes blieb es, mit dem das Volk, d. h. die ganze Staatsbevölkerung mit Ausnahme jener wenigen Tausenden, diese Aristokratie zu unterhalten gezwungen war, jene Herrschenden verlangten mehr; der tollste Sinnentauel, das ausschweifendste Leben stimpfte die Sinne ab und hatte bald keinen Reiz mehr für jene blaffirten Römer; tollere Vergnügungen mußten erkunden werden, an Geld und Gut war dem Volke nichts mehr auszupressen, und so mußte es sein Blut hingeben; die Gladiatoren-Kämpfe, der größte Schandfleck der römischen Geschichte, wurden eingeföhrt. Nie und nimmer sind Mensch und Menschenrechte so offen, so bewußter und so geistlicher Weise mit Füßen getreten worden, wie durch die Gladiatoren-Kämpfe. Tausende hierzu besonders ausgebildete Menschen werden aufeinandergekehrt, um einige sich Menschen und Derren nennende Ungeheuer mehrere Stunden zu zerstreuen; je toller der Kampf, je mehr Blut vergossen wird, desto interessanter das Schauspiel. Die ganze Scheußlichkeit zeigt sich in der Behandlung der Besiegten. Nicht unparteiischen Richtern, denn solche waren zu jener Zeit fast unmöglich, nicht einmal dem Sieger wurde das Loos des Besiegten zu bestimmen anheim gestellt, sondern die sinnenrunkenen und die absolut urtheilsunfähigen Zuschauer hatten sich dieses Recht angemacht. Diese waren es, die dem Besiegten erlauben konnten, in der Weise wie bis dahin weiter zu vegetiren oder getödtet zu werden.

Alle Versuche, die von einigen ehrlichen Männern gemacht wurden, die alte Einfachheit der Sitten und den alten Götterglauben zurückzuführen, waren vergebens. Die alte Weltanschauung hatte sich als unhaltbar erwiesen und konnte nicht mehr genügen, ein neues Prinzip an Stelle des abgelaubten zu setzen. Dazu war die römische Welt zu ohnmächtig. Die herrlichen, mit den Schätzen aller Länder geschmückten neuen Tempel konnten die alten einfachen nicht ersetzen, seitdem der Götter

herrlicher Tempel, das Menschenherz, ihnen abtrünnig geworden war, seitdem Spott und Hohn innige Verehrung, seitdem Freudenrausch und Sinnenlust republikanische Tugend und Sitteneinfachheit verdrängt hatten. Was nützen den Göttern herrliche Behäuser, wenn Niemand mehr betet? Nicht durch äußere Pracht herrschen Götter, sondern durch den im Menschen lebenden Glauben!

Daß in einem Staate, ein Ausdruck, der einer Gesellschaft wie der römischen jener Zeit, und ebenso jeder anderen, die nicht ein sittliches Prinzip als Basis hat, eigentlich gar nicht zukommt, das politische Leben dem gesellschaftlichen analog ist, ist zweifellos. Und so finden wir die gleiche Bekommenheit, die wir im sozialen Leben jener Römer antrafen, im politischen wieder. Der Senat, die Tribunen und alle öffentlichen Autoritäten hatten längst ihre alte Würde und Unabhängigkeit vergessen und sich zu Werkzeugen und Handlangern der Mächtigen erniedrigt. Sie eiferten mit diesen in der Unterdrückung des Volkes. Nicht mehr die alleinige Würde war es, die den Römer zu jenen Ehrenplätzen hinvog, er wünschte sich nur ein Staatsamt, um die ihm untergebenen Provinzen nach Möglichkeit auszusaugen und mit den so gewonnenen Reichthümern die qualenden Sinne betäuben zu können. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen alle Rechtsbegriffe im Volke und all' und jedes Ideal derer, die in der allgemeinen Corruption noch nicht ganz und gar untergegangen waren, verschwanden. Wenn als höchste Macht in einer Gesellschaft die brutale und rohe Gewalt herrscht und ungefragt ihr Wesen treibt, was soll da denn noch Gutes und Aufkommen? Und so, nachdem die Gewalt Alles ausgehoben hatte, sich Sinnenrausch zu verschaffen, nachdem sie alle möglichen Mittel erschöpft hatte, im Taumel vergessen zu finden und das Bewußtsein zu ersticken, blieb für den trotz alledem immer wieder auslebenden Menschengestalt nichts übrig, wie der Tod. Und so sehen wir den vornehmen Römer, nachdem er Alles, was er hat erpressen können, verpraßt hat, durch Selbstmord, die Römeria im Vorbeil endigen. Geistiger und physischer Tod, dahin hat das herrschende Römertum gearbeitet, das waren seine Ideale!

Unter solchen Bedingungen konnte eine Gesellschaft unmöglich bestehen. Der europäischen Welt blieb eben kein anderer Weg als das Christenthum, das nunmehr an Stelle des alten Materialismus das Szepter der Welt Herrschaft übernahm und so facto bis auf unsere Zeit behauptete; so juro allerdings wurden seine Grundlagen schon seit drei Jahrhunderten nach und nach unterminirt, bis es erst eigentlich der neuesten Zeit gelang, dessen ganze Inhaltslosigkeit aufzudecken.

(Schluß folgt.)

an. Sie befürchten nämlich, daß eine conservative Regierung die „Liberale“ mit denselben Polizeiliebhabereien beglücken könnte, denen bis jetzt bloß die „Reichsfeinde“ ausgehört waren, daß man das Vereins- und Versammlungsrecht nicht nur diesen, sondern auch ihnen beschneiden könnte, und erinnern sich deshalb der so oft und so schändlich verleugneten Rechte des Volkes.

Alle diese Erwägungen mögen die Redaktion der „Magdeburgerischen Zeitung“ bestimmt haben, unter obiger Ueberschrift einen Artikel zu veröffentlichen, den wir unter Hinweglassung einiger nebensächlicher Stellen hier wiedergeben.

Nachdem der vor Kurzem in Berlin aufgelösten Arbeitervereins Erwähnung gethan und von einem Versuche, eine politische Partei mundtot zu machen, gewarnt worden, schreibt das Blatt:

„Der Erfahrungssatz, meinen wir, stände heute fest: Die Polizei wird die Sozialdemokratie nicht aus der Welt schaffen; der Schatzmann „ist der Mann noch nicht, den Teufel fest zu halten.“ Dieser Erfahrungssatz scheint aber noch nicht lange „festzustehen“, weil die „liberale“ Partei bisher alle gegen uns gerichteten Polizeimaßregeln gutgeheißen hat.

Die Geschichte der andern Staaten,“ fährt die „Magdeburger Zeitung“ fort, „weist Beispiele genug auf, daß schließlich weder die Regierung, noch die bestehenden Klassen es der Polizei gedankt haben, wenn sie in erster Linie sich berufen glaubt, um den Staat und seine Institutionen, um alle diese letzteren betreffenden Handlungen, durch die eine Schädigung des Staates befürchtet wird, präventiv besorgt zu sein. Ueberall, wo man das Volk durch Plakereien und Hemmungen in der freien Handhabung seiner Rechte, ganz gleichgültig, ob es sich um das Verbot von Versammlungen, um das Vereinsrecht, Maßregelungen der Presse, Concessionsentziehungen, Ausweisungen u. dergleichen, eintrüchtigt hat, da hat die Erfahrung bewiesen, daß dieser Eingriff der Polizei, weit entfernt seinen Zweck zu erreichen, die Gegner der bestehenden Ordnung nur vermehrt.

Eine Regierung — so lehrt die Volkswirtschaft —, welche dem Publikum durch die Polizei den Mund stopfen zu müssen glaubt, fügt sich zweierlei Nachtheil zu: sie entzieht sich das wirksamste Mittel, um Gebrechen, deren Heilung vom Wesen des Staates notwendig sind, zu erfahren, und verdammt ihre eigenen Anhänger zum Stillstehen, weil Niemand deren Worten mehr Gewicht beilegt, wenn der Opposition der Mund gestopft ist, oder weil Viele derselben es schon aus Generosität verschmähen, mit dem gefesselten Gegner zu kämpfen. Die Wissenschaft warnt davor, daß dem Individuum oder dem Publikum von vornherein der Gebrauch seiner Freiheit unterlagert werde, ehe man sich durch den Augenschein, durch getroffene Vorbereitungen überzeugt hat, daß aus jenem Gebrauch der Freiheit ganz bestimmt eine Verletzung des Rechtes, des Eigenthums, der Person, der Moral, der Gesundheit u. s. w. hervorgehen werde. Alles das sind politische Lehren, die nicht für die Sozialdemokratie, sondern für alle politischen Parteien, für das Bürgerthum geschrieben sind. Was nun die Sozialdemokratie im Allgemeinen anbetrifft, so hat die staatsfreundliche Publizität schon vielfach darauf hingewiesen, daß weder die äußerste Strenge der Gerichte, noch die schärfsten Maßregeln der Polizeibehörden, am allerwenigsten veratorische, im Stande sind, die Sozialdemokratie zu unterdrücken. Daß bisher die Staatsbehörde, insbesondere die Berliner Staatsanwaltschaft, den Ausschreitungen und Gefährlichkeitsleiden der Sozialdemokraten mit aller Energie entgegengetreten ist, verdient in hohem Grade Anerkennung, allein die Sozialdemokratie zu verhindern, von allen den Mitteln Gebrauch zu machen, wozu sie Recht und Gesetz ermächtigen, wäre die größte politische Thorheit. Haben die Sozialdemokraten den Stein der Weisen gefunden und besitzen sie das Arcanum, die Welt glücklich und selig zu machen, so lasse man sie innerhalb gesetzlicher Bahnen frei sich bewegen. Gerade dadurch wird ihrer Ausbreitung der beste Damm gezogen und zuerst vom Volk erkannt werden, daß die Theorie vom Zukunftsstaat und der allgemeinen Gleichheit und Glückseligkeit blauer Dunst ist.“

Zum Schlusse des Artikels heißt es dann: „Die Sozialdemokratie wird erst im Wachsthum aufgehalten werden, wenn Alle an der Besserung der Zustände der unteren Volksklassen, und zwar je größer ihre geistige und materielle Kraft ist, in um so höherem Grade mitwirken werden.“

Dies der Artikel der „Magdeburgerischen Zeitung“. Wir wollen nur erwähnen, daß die „Liberale“ am wenigsten berechtigt sind, sich als die Verfechter der Freiheit auszuspielen, weil sie stets bereit waren, die Rechte des Volkes zu verkümmern, weil sie jeder Gewaltmaßregel zustimmten und sich als die gefügigsten Handlanger der Polizei- und Gewaltthätigkeit erwiesen haben. Ganz besonders aber können die Sozialdemokraten auf die Freundschaft der sogenannten „Liberale“ verzichten, weil sie, wie sie es bisher gethan, auch künftig für ihr Recht selbst einzustehen im Stande sind. Nicht das Recht des Volkes ist es, was die „Liberale“ zur Opposition gegen die Polizeimaßregeln antreibt, sondern die Furcht vor etwaigen Maßregeln, die gegen ihre eigene Partei angewendet werden könnten. Die Anerkennung, welche den Behörden und Staatsanwaltschaften für ihr Vorgehen gegen die Sozialdemokratie und für die Energie, mit welcher sie zu Werke gehen, gezollt wird, ist der schlagendste Beweis dafür, wie wenig ernst es den Liberalen mit ihren Deltamationen ist.

Correspondenzen.

Wien. Erlauben Sie mir, daß ich Ihnen zur Abwechslung wieder einmal einige Polizeistücken aus unserem in dieser Hinsicht wohl bereits rühmlichst bekannten „Großstaate“ Oesterreich melde. Die Polizeistücke sind zwar, im Grunde genommen, gegenüber den schon öfters in Szene gesetzten „Staatsrettungen“ ein gross ziemlich harmloser Natur, dennoch aber charakteristisch für den stetigen Fortschritt, welchen unsere mit der Ueberwachung der staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Freiheiten beauftragten Behörden in der Einschränkung dieser Rechte machen.

Beginnen wir zuerst mit dem Vereins- und Versammlungsrecht. Wie es mit diesem bei uns aussieht, habe ich schon öfters Gelegenheit gehabt, zu berichten. Vor langer, langer Zeit hat Dr. Kronawetter einen Antrag auf Revision desselben im Abgeordnetenhaus eingebracht, dieser Antrag wurde einem Ausschusse überwiesen — und war damit die Sache anscheinend erledigt, denn dieser Ausschuss hat trotz wiederholter Interpellationen noch immer nicht Bericht erstattet, ja sogar, wie ich bestimmt weiß, seit Jahr und Tag keine Sitzung abgehalten. Wie immer, zeigen sich auch hier wieder unsere Liberalen, wo es gilt, rare Volkrechte zu schützen, in ihrer ganzen reaktionären Gestalt und müssen sich sogar von den Nationalradikalen beschämen lassen. Diese, welche unter dem gegenwärtigen „Freiheitlichen“ Regime auch nicht wenig zu leiden haben, brachten einen Antrag ein, behufs Untersuchung der Handhabung des

Vereins-, Versammlungs- und Versammlungsgesetzes durch das Ministerium Lasser, genannt Aersperg, einen Ausschuss einzusetzen, wurden aber hierin nur von den Polen und von der äußersten Linken (den 5 Wiener Demokraten und dem Abgeordneten Schönerer) unterstützt. Die Liberalen in allen ihren Fraktionen stimmten den Antrag nieder und einer dieser respektablen Herren, der Abgeordnete Nitsche, verstieg sich sogar zu der colossalen dummen Behauptung, daß durch einen solchen Ausschuss ein Convent (!) im Hause geschaffen würde. Wenn man sich vor Augen hält, daß es seit durchgehends Ultramontane und Feudale waren, welche den Antrag unterstützten, wird man die ganze Lächerlichkeit dieses geflügelten Wortes erst einsehen. — Mit 125 gegen 63 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt; dieses Votum fällt umsomehr in's Gewicht, als Minister Lasser das Haus förmlich herausforderte und erklärte, er werde sich nicht von seinem Wege abbringen lassen, er sei unverbesserlich, das Volk, das besitzend e Volk und (setzte er nach einer Pause, gleichsam sich besinnend und corrigirend, bei) das erwerbende, das arbeitende Volk wolle Ruhe haben. Baron Lasser kennt jedenfalls seine Leute und weiß, was er ihnen bieten kann. Jedes Parlament der Welt, das einigermaßen auf seine Würde hält, hätte gerade in Folge dieser Herausforderung, wenn es auch sonst nicht mit dem Antrag einverstanden gewesen wäre, denselben annehmen müssen; unsere Liberalen aber, die, mit den Worten des Abgeordneten Schönerer zu reden, „kein Vereins- und Versammlungsrecht brauchen, weil sie Alles thun, was die Regierung wünscht.“ — diese beschließen: das Volk will Ruhe haben — Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!

Kann es nach einem solchen Vorgange Wunder nehmen, wenn die Polizeibehörden in der Beschneidung unserer wenigen kammerrischen Rechte täglich ungenirter vorgehen? So sehen wir auch die Vereinsauflösungen in schönster Blüthe: nach der Schuhmacher-Gewerkschaft kam der politische „allgemeine österreichische Arbeiterverein“ an die Reihe. Um Motive zu solchen Gewaltstreichen ist man nicht verlegen — es genügt, daß der Verein sozialdemokratische Gesinnungen zum Ausdruck bringt, damit hat er „die Bedingungen seines rechtlichen Bestandes überschritten“ (die löblichen Behörden scheinen nicht zu ahnen, daß sie mit dieser Phrase ausdrücklich aussprechen, daß die Sozialdemokratie rechtslos ist — armes Staatsgrundgesetz, wie springt man mit dir um!) — der Rest ist § 6. —

Alle Bemühungen, seither wieder einen politischen Verein ins Leben zu rufen, blieben resultatlos. Zwar hat einmal das Reichsgericht den Anspruch gethan, daß die „Staatsgefährlichkeit“ eines Vereines erst aus dessen Handlungen und Beschläffen gefolgert werden könne — aber was kümmert sich bei uns Regierung und Polizei um Gerichtsbeschlüsse — sie verbietet unsere Vereine a priori als „staatsgefährlich“ und damit basta!

Ebenso geht's mit den Volksversammlungen: sie werden verboten oder erlaubt, aufgelöst oder nicht aufgelöst, je nachdem es in dem hochweisen Belieben der für die Sicherheit des Staates so sehr besorgten Behörde steht. Selbst freie Schuster, freie Maurer-Versammlungen können mitunter dem Staate gefährlich werden und deshalb thut man sehr klug daran, sie bei Zeiten zu verbieten, wenn man eine derartige Gefahr wittert. — Trotzdem nun nach dem Vorhergesagten das Versammlungsrecht vollständiger Willkür preisgegeben ist, verlieren unsere Genossen doch nicht die Geduld, und obwohl jedes derartige Verbot die gemachten Auslagen für Stempel, Anzeigen u. s. w. als hinausgeworfen erscheinen läßt, wird doch eine Versammlung nach der andern einberufen — dann und wann glückt deren Abhaltung doch, und wenn nicht, so können auch die Verbote recht aufklärend wirken auf so manche naive Gemüther, die da wähen, in einem „Rechtsstaate“ zu leben.

Neulich (23. März) fand endlich nach langer Pause wieder eine Volksversammlung mit der übrigens bereits mehrmals unterfertigten Tagesordnung: „Der Entwurf einer neuen Gewerbeordnung“ statt. Dieselbe lief so ziemlich glatt ab; als jedoch ein Redner meinte, die Arbeiter mögen lieber statt Arbeiterkammern das allgemeine Wahlrecht verlangen, wurde ihm vom überwachenden Polizeikommissar das Wort entzogen.

Bierzehn Tage später hatten wir das allgemeine Wahlrecht auf der Tagesordnung einer Volksversammlung. Ein Redner citirte den Abgeordneten Schönerer, welcher das allgemeine Wahlrecht als eine Lebensfrage für den Bestand des Staates bezeichnet hatte, und knüpfte an diesen Ausspruch die Schlussfolgerung: Diejenigen also, die das allgemeine Wahlrecht verlangen, wollen den Staat erhalten, und die, welche es verweigern, werden ihn zerstören. — Facit: Auflösung der Versammlung wegen „aufreizender Reden“.

Die gleiche Wirthschaft herrscht auch in den Vereinen, natürlich den Arbeitervereinen, denn die Vereine der liberalen Bourgeoisie werden ungeschoren gelassen. Jeder wissenschaftliche Vortrag muß bei der Polizei angezeigt werden und wird auch mit der Anwesenheit eines l. l. Polizeikommissars beehrt, und da diese Herren bekanntlich die Wissenschaft mit dem großen Vössel zu sich genommen haben, so verstehen sie Alles besser als der Vortragende, und lassen es an Unterbrechungen nicht fehlen. Ein Prachtexemplar dieser Sorte ist z. B. der Commissar des 6. Bezirks, ein gewisser Reif (wir halten den Herrn reif für eine andere staatliche Versorgungsanstalt), der in dem löblichen Bemühen, aus seiner gewohnten Lebensweise nicht heraus- und nach vor der Thorsperre nach Hause zu kommen, die Vorträge nach Möglichkeit abzukürzen sucht. Einmal gehört das philosophische System Rousseau's nicht in die Culturgeschichte — ein andermal die Frauen- und Kinderarbeit nicht in die Nationalökonomie u. s. w., damit wird manches Viertelständchen gewonnen. Zu seiner Entschuldigung wollen wir gestehen, daß er uns wirklich ein Bedürfnis nach Ruhe zu haben schien, denn nach Beendigung des letztgenannten Vortrags blieb er noch fünf Minuten schlafend beim Tische sitzen.

Als Curiozum mag erwähnt werden, daß nicht nur die Vereine, sondern auch die Polizeibehörden selbst überwacht werden. So kamen unlängst in das Lokal des Arbeiterbildungsvereins zu Aggersdorf zwei Gendarmen, um nachzusehen, ob Jemand von der Gemeinde die stattfindende Monatsversammlung überwache! Es fehlt jetzt bloß noch, daß man auch zur Ueberwachung der Gendarmen Jemand bestimme.

Die „Pressfreiheit“ blüht nach wie vor; nach wie vor bringt fast jede Nummer der amtlichen „Wiener Zeitung“ ein langes Verzeichnis der nach dem beliebten „objektiven Verfahren“ gemahregelten Zeitungen. Unser junges Parteiblatt, die „Sozialpolitische Rundschau“ ist seit ihrem viermonatlichen Bestande noch nicht einmal in erster Auflage erschienen; jedesmal wurde sie confiscirt, Nr. 2 sogar dreimal, so daß eine vierte Auflage veranstaltet werden mußte! Auch der „Sozialist“ kann sich über Vernachlässigung von Seite des Staatsanwalts nicht beklagen — fast jede zweite, dritte Nummer verfällt seinen staatsbreiterischen Händen und da man hofft, daß die Wiener Bourgeois-Geschworenen sich eher zu einer Verurtheilung herbeilassen werden, als die bauerlichen Geschworenen von Wiener-Nußnadt, so verläßt man es zur Abwechslung auch einmal mit subjektiven Anklagen,

von denen die „Gleichheit“ durch die ganze lange Zeit ihres Bestehens verschont geblieben war. Der verantwortliche Redakteur des „Sozialist“, Johann Schwarzinger, hat bereits zwei Anklagen wegen diverser durch die Presse begangener „Verbrechen“ und „Vergehen“ und dürfte im Laufe des Monats Mai vor die Geschworenen kommen. Augenscheinlich ist es aber dem hochgeborenen Herrn Staatsanwalt weniger um die Person Schwarzingers, sondern vielmehr um die Caution des Blattes zu thun. Bei einer eventuellen Verurtheilung könnte nämlich auch ein Cautionsverlust ausgesprochen werden, der binnen acht Tagen ersetzt werden müßte, widrigenfalls das Blatt als Wochenblatt aufhören und höchstens monatlich zweimal erscheinen könnte; und da unsere Partei eben, wie allbekannt, eine arme Partei ist, hofft Graf Lamezan durch solche Manipulation am ehesten das verhasste Sozialistenblatt unterdrücken zu können.

Noch einen andern Kniff versuchen jetzt die Herren von der Staatsanwaltschaft: etwas mißmuthig darüber, daß sich die sozialdemokratischen Blätter durch die fortwährenden „objektiven“ Conspirationen nicht müde machen lassen, sondern stets unter Hinweglassung des beanstandeten Aufsatzes eine zweite Auflage veranstalten, wodurch die Parteigenossen, wenn auch spät, aber doch zu ihrem Blatt kommen — beginnt man jetzt damit, bei einer Conspiration auch die Druckformen zu versiegeln und so die Veranstaltung einer zweiten Auflage zu verhindern. Das ist zwar im Gesetze nirgends begründet, aber die Polizei thut es und was die thut, das ist recht. Daß durch öftere Wiederholung einer derartigen Praxis auch die besiegeltene Druckerei bald an Schriftmangel leiden muß, da diese Versiegelung oft Wochen und Monate lang dauert, ist begreiflich.

Daß damit die Reihe der Liebeshändel gegen unsere „freie“ Presse noch nicht erschöpft ist, wird nach dem vorangegangenen Wunder nehmen. So legt man z. B. jetzt ein Hauptgewicht darauf, daß jedes Blatt genau am programmatischen Tage erscheint, verzögert sich das Erscheinen wegen unvorhergesehener Umstände um ein oder zwei Tage, so ist entweder ein gestempelt und vom Herausgeber, Redakteur und Drucker unterzeichnetes Besuch an Staatsanwaltschaft und Polizeidirektion zu richten oder — Strafe! Sie sehen, daß unsere Presszustände den vielberühmten russischen wenig nachstehen. Für heute will ich jedoch die Leser des „Vorwärts“ mit weiteren Belegen über die „Freiheit“ wie in Oesterreich“ verschonen.

Berlin, 15. April. Die „Brüder in Christo“, welche von der profanen Welt „Christlich-Soziale“ benannt werden, sind sich gegenseitig in die Haare gerathen. Die Herren Hofsprenger finden es, veranlaßt durch irgend einen und unbekanntenen Umstand, für gut, sich gegenseitig zu bekämpfen. Der Oberhofsprenger Kögel macht den „verehrten Bruder in Christo“, den Hofsprenger Stöcker, dafür verantwortlich, daß die Arbeiter dem so dick aufgetrichenen christlich-sozialen Leim aus dem Wege gehen und nicht geneigt sind, sich über Hals und Kopf in die Arme der „liebervollen Mütter Kirche“ zu stürzen, sich vielmehr, durch die „hochwürdige“ Agitation veranlaßt, von der Kirche immer mehr entfernen. Die Geistlichen, zumal in Berlin, haben nach der Ansicht des Oberhofsprengers mehr und Wichtigeres zu thun, als sich mit den bösen, für kirchliche Lehren total unempfindlichen Sozialdemokraten herumzubalgen. Dieses Herumbalgen ist allerdings für Jene sehr gefährlich, die stets Federn lassen müssen und so oft sie auf den Kampfplatz treten, jämmerlich zerzaust werden. Nach der Meinung des Herrn Oberhofsprengers dürfe der Politiker nur dann mit den Sozialdemokraten sich einlassen, wenn er das Zeug dazu habe und denselben erfolgreich führen könne. In einer der letzten Versammlungen der Christlich-Sozialen wurde diese bittere Kritik einer Besprechung unterzogen. Zwei Prediger ergingen sich in Lobpreisungen der Bestrebungen der christlich-sozialen Partei, welche endlich doch über alle Hindernisse den Sieg davontragen müsse. Der bekannte Missionsdirektor Wangemann erklärte sich als „von Gott berufen“, die geschmähte Kirche zu verteidigen. Ihn treffe keine Schuld, wenn er sich im Kampfe als „zu dumm“ herausgestellt habe. Bogischerweise würde für die „Dummheit“ des Herrn Missionsdirektors „Gott“, der ihn „berufen“ hat, verantwortlich sein; eine billige Manier, sich eigener — Ungeschicklichkeit zu entledigen. Herr Hofsprenger Stöcker suchte die Berechtigung seiner Mission durch Citate aus dem alten und neuen Testamente zu beweisen. Denkende Menschen können freilich keinen Zusammenhang zwischen den 2000 Jahre alten Judenthümern und der heutigen Stöckeri finden, die „Frommen“ beweisen aus der „heiligen“ Schrift Alles, was sie eben beweisen wollen. Schließlich sehnten sich die „ehrwürdigen“ Herren wieder aus, um, wie betont wurde, der bösen Welt kein Kergerisch zu geben. Es wird also mit vereinten Kräften fortgesetzt, so lange — als sich noch Dumme finden, die geneigt sind, sich den salbungsvollen Quatsch anzuhören. Daß die Stöckeri sogar gewissen, jeden Ull mitmachenden Berlinern „zu dumm“ wird, beweist der schwache Besuch der Bestunden — Borden! Versammlungen, zu welcher sich in der Regel nur noch jene „Damen“ einfänden, welche, da sie auf die „Freuden der Welt“ nothgedrungen verzichten müssen, sich nun dem „himmlischen Bräutigam“ zuwenden.

Berlin, 13. April. Am 11. April wurde von den Sozialdemokraten im großen Saale des Handwerkervereins der Geburtstag Lassalle's gefeiert. Der Saal wurde von sozialdemokratischen Frauen und Mädchen, unter der Leitung der Frau Stagemann, festlich und geschmackvoll decorirt. Ueber der mit Kränzen geschmückten Rednertribüne befand sich, umgeben von Palmzweigen und Topfgewächsen, die Büste Lassalle's. Der Saal war mit Gairlanden, Fahnen, Transparenten u. s. w. geschmückt. Anwesend waren gegen 1200 Personen beiderlei Geschlechts. Parteigenosse Finn gab bekannt, daß die Polizei das Halten der Feste verboten habe. Zu Beginn des Festes wurde von einem kleinen Mädchen ein Gedicht vorgetragen. Gesangsvorträge der hiesigen sozialdemokratischen Gesangsvereine, Deltamationen und Russl Piecen folgten dem Abend aus. Dem bewährten Agitator für unsere Sache, dem Staatsanwalt Lessendorff, wurde ein stürmisches „Hoch“ dargebracht. Das Fest verlief trotz des polizeilichen Verbotes der Feste in der würdigsten und ruhigsten Weise.

Bromberg, 10. April. (Agitationsbericht.) Wie überall, benimmt sich auch hier die Fortschrittspartei den Sozialdemokraten gegenüber auf die denkbar perfideste Weise. In einer öffentlichen Versammlung des hiesigen Arbeiter-Bezirks, in welcher Genosse Dahn über das sozialdemokratische Programm sprach, meldete sich der Fortschrittler Jatz zum Wort und verunglimpfte die Arbeiter auf das gemeinste. Dieser würdige Fortschrittler schimpfte und lästerte wie ein Marktweib und spie Gift und Galle auf Lassalle; der Fiel in der Fabel regierte den todtten Löwen ja auch mit Füßchen. Nach Ansicht dieses Jatz's hat einzig und allein die Fortschrittspartei Großes geleistet, während die Sozialdemokraten rein Nichts gethan haben. Schulze-Deßlich, der große Fortschrittler hat mit seinen Spar-Consum-Wirtschafts und sonstigen Vereinen den Leuten viel Erleichterung verschafft, denn sie wurden durch diese Vereine

ihre Geld los. Die Fortschrittler brüllten und kämpften wie gewisse Bierfässer und nur mit Mühe konnte der Vorsitzende die Versammlung zu Ende führen. Am 18. und 25. März, ferner am 1. und 8. April wurden gut besuchte Versammlungen abgehalten. In der Versammlung am 25. März wurden die Fortschrittler, welche ihren faulen Kuhl aufwärmen wollten, gehörig abgetrumpft und mußten unter dem Spott der Anwesenden abziehen. Die Versammlung am 1. April wurde polizeilich aufgelöst, ehe der Redner auf das eigentliche Thema: „Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit“, eingehen konnte. Gewisse Leute müssen zum ersten April ihr Späßchen machen können. In der Versammlung am 8. April endlich schloß der anwesende Regierungsvertreter den Schlaf der Berechtigten und Schnarche in tiefen Schlaf. In dieser Versammlung hätte die Commune proklamirt und die Revolution gepredigt werden können, ohne daß die schlafende Gerechtigkeit das Mindeste wahrgenommen hätte. Trotz dieser so ungemein günstigen Gelegenheit kam nicht eine einzige Petroleumflasche zum Vorschein; Bromberg blieb ruhig! So viel über unsere Agitationsfähigkeit. — Wie in den meisten Garnisonen des „einigen“ deutschen Reiches, können auch die Soldaten hiesiger Garnison viel von den Herrlichkeiten des Soldatenlebens erzählen. Vor Kurzem war ein Unteroffizier bemüht, drei jungen „Helden“ die Weisheit der Moltke'schen Schule beizubringen. Da diese Rekruten die verschiedenen Kunstgriffe sich nicht sofort aneignen konnten, wurden sie nicht wenig ähantirt. Ein Unteroffizier soll dem betreffenden Exerziermeister den Rath erteilt haben, die 3... eine Stunde „Laufschritt“ machen zu lassen. Von dem Schreien und Schimpfen müde, entfernte sich der Unteroffizier, um sich durch einen Schnaps zu stärken. Diesen Augenblick benutzte einer der drei Soldaten, lud sein Gewehr, und drückte mit dem Fuße ab, ohne sich jedoch zu verlegen, weil ihn ein Kamerad noch rechtzeitig an dem Vorhaben, sich das Leben zu nehmen, hinderte. Der Soldat wird streng bewacht, der Unteroffizier, der durch sein Benehmen die Veranlassung zu diesem Selbstmordversuche gegeben hatte, geht frei herum. — Die Noth macht nicht nur erfinderisch, sondern stumpft auch ab. Ein armer Arbeiter, der in Folge längerer Arbeitslosigkeit nichts zu heissen hatte, ging neulich direkt zum Polizei-Inspektor, um ihn um eine Gabe anzusprechen. Er wurde selbstverständlich eingestekt und zu einigen Tagen Arrest verurtheilt. So etwas heißt selbstverständlich: „Göttliche Weltordnung!“

Greifswalde. (Arbeiterrisiko.) Vor einigen Wochen richteten fünfzig Bürger des Städtchens Janow (Regierungsbezirk Köslin in Pommern) an die königliche preussische Regierung eine Petition, aus welcher ersichtlich ist, daß in manchen Industriezweigen geradezu haarsträubende Zustände herrschen, denen der Arbeiter zum Opfer fällt. Im genannten Städtchen besteht seit 33 Jahren die Phosphor-Fabrik der Firma Aug. Kolbe u. Comp., in welcher während der Zeit ihres Bestandes, wie nachgewiesen werden kann, jährlich vier Prozent der bei den gesundheitschädlichen Arbeiten Beschäftigten nach langer Krankheit den Tod fanden. Die meisten der Unglücklichen hinterließen Wittwen und Waisen, deren Unterstützung der Stadt zufiel. Die Unglücklichen erliegen der Phosphor-Neurose, einer so entsetzlichen Krankheit, daß viele der Erkrankten den Selbstmord den jahrelangen Qualen vorziehen. Am 1. Januar d. J. starb ein Arbeiter nach vierjährigem Krankenlager an der genannten Krankheit und hinterließ eine Frau und vier kleine Kinder im größten Elende. Am 12. Januar starb nach langem Krankenlager eine früher in der Kolbeschen Fabrik beschäftigt gewesene Arbeiterin, welche fünf Kinder im Alter von 2 bis 10 Jahren hinterließ. Am selben Tage durchschnitt sich ein an der Phosphor-Neurose leidender Mensch, welcher ebenfalls früher in der genannten Fabrik arbeitete, da er die Schmerzen nicht mehr zu ertragen vermochte, den Hals; er hinterließ eine hochschwangere Frau und drei unmündige Kinder. Ein ganz junger Arbeiter liegt krank darnieder und sieht langsam dahin. Da die Fabrikanten für die Unterstützung der Hinterbliebenen der im Dienste des Kapitals ums Leben gekommenen Arbeiter nichts thun und die Verminnten der Gemeinde zur Unterstützung zufallen, wendeten sich die Patienten an die Regierung mit der Bitte, dieselbe möge die Fabrikbesitzer Kolbe u. Comp. verpflichten, die unterstützungsbedürftigen Angehörigen der armen Opfer, welche der Phosphor-Neurose erliegen sind, selber zu unterstützen und dieselben nicht der städtischen Armenkasse aufzubürden. Es sind dies schreckliche Zustände und zeigen ganz deutlich, daß das Leben der Arbeiter durchaus nicht in Betrock kommt, wenn es sich darum handelt, recht viel „Profit“ zu erzielen. Charakteristisch ist es, daß die Fabrikanten die Hinterbliebenen der Opfer, welche in Folge der erwiehenermaßen höchst gesundheitsgefährlichen Arbeit sterben, einfach auf das Straßenpflaster weisen, sie ihrem Schicksal preisgeben. Es wird jedem Denker einleuchten, daß die Fabrikanten die Verpflichtung haben sollten, für diese Hinterbliebenen, deren Ernährer von dem Woloch Kapital in den Tod getrieben wurden, zu sorgen. Das Papier für Jedermann, die Berliner „Volkzeitung“, veröffentlicht in dieser Angelegenheit den Brief eines Arztes, durch welchen der Versuch gemacht wird, die Fabrikanten weiß zu waschen und die Schuld auf die Arbeiter, welche den vaterlichen Anordnungen der liebevollen Arbeitgeber nicht folgen, zu schieben. Der „fortschrittliche“ Herr Doktor behauptet, daß in den 22 Jahren, seit welchen die Fabrik besteht, bloß fünfzehn Arbeiter an der Phosphor-Neurose starben und daß dies in andern Fabriken ebenfalls der Fall ist. Von den drei im Monate Januar Gestorbenen sind nur zwei der Phosphor-Neurose erlegen; der dritte litt wohl auch an derselben Krankheit, starb aber infolge eines Selbstmordversuches, den er unternahm, weil er an unheilbaren Geschwüren an den Unterextremitäten erkrankt war. Weßhalb die Geschwüre unheilbar waren, verschweigt dieser Herr Doktor wohlweislich. Die im Monate Januar vorgekommenen drei Todesfälle beleuchten die Behauptung des Doktors, daß in 22 Jahren bloß 15 Arbeiter an der genannten Krankheit starben, gar seltsam. Es werden dann von Herrn Doktor die Vorkehrungen gelobt, welche in der betreffenden Fabrik eingeführt sind und die Erkrankungen darauf zurückgeführt, weil die Arbeiter es unterlassen, sich eines vorgeschriebenen Mundwassers zu bedienen. Der gelehrte Herr Doktor scheint nicht zu wissen, daß das Einathmen des Phosphors die Schuld trägt, daß der Körper ruiniert, die Gesundheit untergraben wird; das Mundwasser allein thut's nicht.

Was der gelehrte Mann mit folgenden Sätzen sagen will, begreife wer kann. Er schreibt: „Die Ueberwachung sämtlicher zum Schutze der Arbeiter getroffenen Anordnungen liegt zuoberst der hiesigen Behörde ob, sodann sachverständigen Mitgliedern der königl. Regierung in Köslin und findet zu diesem Behufe von Zeit zu Zeit eine Untersuchung statt.“ Was nützt die behördliche Ueberwachung, was helfen die sachverständigen Regierungsmänner, wenn derartige entsetzliche Vorkommnisse wie die oben geschilderten stattfinden können? Hier hilft nur ein Mittel und dies wäre: Die vollständige Einstellung dieser so gesundheitschädlichen Arbeit.

Die Mohrenwäsche ist dem Doktor herzlich schlecht gelungen,

es beweist das aber, daß, wenn es gilt, das Ausbeutungsmonopol aufrecht zu erhalten, die „Männer der Wissenschaft“ es nicht unter ihrer Würde halten, ihren guten Freunden, den Männern des Geldsacks einen Gefallen zu thun und sie in Schutz zu nehmen. Die „anknädige“ Presse öffnet dann bereitwillig ihre Spalten und halbt den Arbeitern alle Schuld auf. Netze Gesellschaft!

Forst i. L., 12. April. Von allen hier abgehaltenen Versammlungen war die am 4. April von den Stöderianern Grünberg und Küster in Scene gesetzte die „lustigste“, denn es gab viel zu lachen. Der christlich-sozialer Küster und sein Küster beabsichtigten nichts weniger, als die forstler Arbeiter mit dem christlich-sozialen Zeime zu fangen und Firma Stöder u. Co. ins Garn zu führen. Dieses „edle“ Bestreben fand auch bei gewissen „Frommen“ Unterstützung. Als das Lokal bestellt wurde, wurde dem Wirthe die Meinung erteilt, Niemanden den Zutritt in den Saal zu gestatten, bevor nicht die Christlich-Sozialen da sind; die vorderen Plätze sollten für die Anhänger der Stöderier reservirt bleiben. Obgleich der Ufas von einem gar mächtigen Herrn erteilt wurde, wurde er doch von den forstler Arbeitern nicht weniger als respektirt, denn lange vor Beginn der Komödie war das Lokal überfüllt und die Plätze von den Arbeitern mit Beschlag belegt. Den Rudern, welche den Cerberusdienst übernommen hatten und die Plätze hüteten, wurde einfach bedeutet, daß, wer eher komme auch eher mahle. Gegen acht Uhr kam Grünberg, von seinem Adjutanten Küster und einigen „Größen“ von hier und der Umgegend begleitet. Grünberg erdruete als Einberufer, wohlverstanden als Einberufer, trotzdem er in Berlin und nicht in Forst wohnt, die Versammlung. Selbstverständlich kam das Bureau in unsere Hände. Ueber die von den beiden Aposteln verdrosenen Reden will ich den Mantel der „christlichen Liebe“ breiten, sie waren in der bekannten Manier gehalten und triefen von Frömmigkeit und Christenthum. Gegen die Sozialdemokraten in gewohnter Weise loszupoltern, fanden die Herren nicht rätlich und unterließen wohlweislich das Geschimpfe. Genosse Paul aus Berlin wies den Herren ihren Jesuitismus nach und widerlegte den von ihnen zum Besten gegebenen Unsinn. Mit weinerlicher Stimme leierte Pastor Schulz eine Predigt herunter, in welcher er nicht nur die Stöderianer, sondern auch den „Herrn und Heiland“ in Schutz nahm. Pastor Abraham, der zweite Prediger, machte das betäubende Zugeständniß, daß die beiden Referenten, wenn sie auch in den Versammlungen sich keinen Anhang zu verschaffen im Stande seien, doch zu Hause, bei Einzelnen guten Boden für ihre Lehren fänden. Grünberg versuchte die Ausführungen Paul's zu widerlegen, was ihm jedoch selbstverständlich nicht gelingen wollte, polterte gegen den Liberalismus und die Sozialdemokratie, welche er in einen Topf warf, und forderte zum Schluß unter schallendem Gelächter der Versammlung zum Eintritt in die christlich-soziale Partei auf. Wer Mitglied dieser gegenbringenden Partei werden wollte, sollte sich Tags darauf in der christlichen Herberge einfinden und sich bei den Mitgliedern des Jünglingsvereins melden. Zum Schluß wurden die christlich-sozialen Bauernfänger noch von den Genossen Keller aus Görlitz und Senfleben von hier, unter dem Beifall der Versammlung gehörig heimgeleuchtet. Mit einem dreimaligen Hoch auf die Arbeiterbewegung aller Länder wurde die Versammlung gegen Mitternacht geschlossen. Die Arrangeure schickten sich, wie begoffene Pudel von dannen, wohl einsehend, daß Forst für die Bestrebungen der Christlich-Sozialen kein Feld ist.

Schönewitz b. Jwidaun, 11. April 1878. Damit die auswärtigen Genossen wenigstens sehen, daß wir hierorts noch am Leben und rüstig an der Arbeit sind, wollen wir, so weit es uns heute möglich, Bericht erstatten. Die Zahl der wirklichen Parteigenossen ist zwar klein, etwa 30, doch sind wir auf dem Plage. Auch besteht hier ein Arbeiterbildungsverein, welcher über 40 Mitglieder zählt und ziemlich Fortschritte macht. Vor einigen Monaten wurde ein deklamatorischer Club gebildet, welchem zur Zeit bereits die Hälfte der Mitglieder angehört, und vor Allem wird der Gesang aufs Sorgfältigste gepflegt; die Gesangsstücke werden jetzt vielfach vom „Deutschen Sängerbund“ angeschafft. Obgleich der Arbeiterbildungsverein auf Grund der Statuten von der Partei getrennt ist, so sind doch fast alle Mitglieder entschiedene Sozialisten. Und warum sollten sie es nicht? Sind etwa unsere Zustände so herrliche, daß ein Eingreifen in das rollende Rad der Zeit nicht nöthig erscheint? Ganz gewiß nicht. Betrachten wir uns das Getriebe im Geschäftsbetrieb: wie ein Alp lastet der Druck der Krise auf dem Gewerbe- und Arbeiterstand. Die Arbeiter werden fast allmonatlich mit Lohnreduktionen beglückt. Zudem kommen noch Arbeitsentlassungen en masse vor. So erhielten erst in diesem Monat auf einem Kohlenwerk 34, auf einem anderen 36 Mann die Abkehr; dazu kommt, daß viele der Entlassenen, die 15 bis 20 Jahre, ja noch länger, in die Knappschaftskasse steuernten, falls sie keine Bergarbeit wieder erhalten, ihre eingesteuerten Capitalien und ihre Anrechte zur Knappschaft verlieren. Der Lohn ist in der Regel täglich 20 bis 25 Groschen für Häuer. Die Förderleute erhalten noch weniger und zu allem Ueberflus müssen die Bergarbeiter auch noch vielfach feiern, so daß monatlich 40—48 Mk. verdient werden, ja bei Manchem beträgt es oft noch weniger. Der Handwerker ist der nächste, welcher darunter zu leiden hat. Ueberall also Noth und Klage und dabei heimlich die Kohlenbarone mindestens ebenso viel — wenn nicht noch mehr — ein, als in den Jahren, wo die Milliarden die Ueberproduktion förderten und die sogenannten Schwindeleperioden zur Welt brachten. Die Steuern, welche nie weniger, eher von Jahr zu Jahr mehr werden, sind als ein Agitationsmittel der Sozialdemokratie zu betrachten, denn dadurch wird selbst der mit dem „Poppe“ geschmückte Spießbürger aufgerüttelt. Wir sind auch bemüht, in die Gemeindeverwaltungen Einige von uns hineinzubringen; wir gehen aber als eigene Partei vor und werden selbst dem fortschrittlich-liberalen Ortsverein gegenüberzutreten. Unsere Aussichten in dieser Beziehung sind auch nicht ganz ungünstig. In dem benachbarten Willau ist es den dortigen liberalen Größen freilich gelungen, der Masse Sand in die Augen zu streuen und nun, da dieselben in Amt und Würden sitzen, haben sie auch das Gemeinderuder ziemlich in der Hand. — Sollte der Bergbau nicht bald einer Besserung entgegensehen, stehen noch schlimmere Zeiten als jetzt zu erwarten, wofür Diejenigen verantwortlich gemacht werden müssen, die solche Zustände auskommen lassen, ja heute sogar noch zu ihrer Förderung beitragen.

Aufruf an unsere Parteigenossen im ersten nassauischen Wahlkreis Höchst-Usingen!

Ueberall erwacht der Drang in den Kreisen des gedrückten, arbeitenden Volkes den heutigen Zuständen ein Ende zu machen. Auch in unserem Wahlkreise werden Wunsch und Bedürfnis immer dringender für unsere politischen und wirtschaftlichen Rechte eingetretet und durch regere Agitation der Ausflutung mehr Eingang zu verschaffen. Männer der Arbeit! Als Ihr im vorigen Jahre an der Wahlurne standet, um einen Vertreter Eurer gerechten Ansprüche in den gesetzgebenden Körper

zu wählen, habt Ihr im Bewußtsein einer hehren Pflichterfüllung gehandelt. Der großen Anzahl unserer Gegner ist unser Wahlmandat erlegen, und obgleich wir dies im Voraus wußten, haben wir den Kampf nicht vermieden, wir mühten kämpfen, um die Saat sieden zu können, die, schon jetzt gedeihend, immer herrlichere Früchte tragen wird. Was den aus dieser Wahl hervorgegangenen Reichstagsabgeordneten anbelangt, sind wir Arbeiter und Freunde wahren Volkswohls schon dahin einig, daß derselbe unsere Rechte nicht vertritt. Wer vom Schweiße des Arbeiters lebt, wird meistens jede freirechtliche Regelung desselben unterdrücken und darum soll und muß auch in unserem Wahlkreise nur ein solcher Vertreter aus der Wahl hervorgehen, der unsere Bedürfnisse kennt und für die Gewährung derselben einzutreten sich verpflichtet fühlt. Rüge darum Jeder diese Lehre beherzigen und zu seinem und seiner Mitleidenden Wohl dementsprechend handeln. Nicht mehr ganz zwei Jahre und wieder müßt Ihr dann wählen und darum müßt wir jetzt schon unsere Kräfte stärken, müssen uns brüderlich die Hände reichen, um in unserem Wahlkreise den Kampf wagen zu können, der uns zum Siege führen soll.

Nach gepflogenen Verhandlungen mit den Parteigenossen verschiedener Orte der Umgegend wurde bestimmt, daß in Höchst ein Delegirten-Kongreß tagen solle, der die bei der nächsten Reichstagswahl zu nehmenden Maßregeln beschließt, die Gründung lokaler Wahlklassen und Wahlvereine anregt und unterstützt und die Anträge der Delegirten annimmt und vollführt.

Dieser Aufruf erscheint sowohl im „Vorwärts“ wie im „Volkfreund“, und bitten wir deshalb alle Parteigenossen, die diesbezüglichen Exemplare auch da zu verbreiten, wo sie nicht gehalten werden.

Zeit und Lokal, in denen die Delegirten-Konferenz abgehalten werden soll, haben wir in voriger Nummer bekannt gegeben. Alle Anträge und Anfragen sind an den Unterzeichneten zu richten.

Im Auftrage der Höchstler Genossen:
Höchst a. M. Fr. Wilh. Dörmer,
Kleine Tannstraße Nr. 7.

An die Partei- und Genossenschaftsmitglieder des Reichstags-Wahlkreises Minden-Lübbecke.

Zu der in voriger Nummer angezeigten Konferenz der Partei- und Genossenschaftsmitglieder des Reichstagswahlkreises ist noch das Lokal anzugeben, wo dieselbe stattfinden soll. Dasselbe befindet sich bei Herrn Arnold Strochente in Lübbecke am Bergeshore. Der Beginn der Konferenz kann Umstände halber nicht um 10 Uhr, wie angezeigt worden, stattfinden, sondern erst Mittags 1 Uhr. Bitte die Genossen dies beachten zu wollen und zahlreich auf der Konferenz zu erscheinen.

Minden i. B.
Mit sozialdemokratischem Gruß
J. A. G. Eipert.

Briefkasten
der Redaktion. Nr. Berlin: In Ihrer Sache gegen die „L. Vgl.“ resp. den Herausgeber V. können wir Ihnen nur rathen, sich an den Herrn Rechtsanwalt Otto Freitag in Leipzig, Nikolaistraße, Amtmannshof, zu wenden. Auf diese Weise könnten Sie hoffen zu Ihrem Gelde zu kommen.
der Expedition. G. Straß Douzen: Wir haben Ihren Brief mit Annonce dem Central-Wahlcomité zur Begutachtung eingeliefert. Fremdling Wilhelmshaven: Die jetzige Adresse des Dr. R. Lehmann ist uns unbekannt.
Luitung. Abt hier Ab. 1.80. Ghrz Wien Ab. 4.95. Dessi Hamburg Ann. 1.80. Rudolb Gentrish Ab. 7.20. Armt Forbach Ab. 2.30. Rndc Smeberowo Ab. 14.85. Inshir Newgork Ab. 83.58. Grünbrgr Nürnberg Ab. 150.00. Rd Inngshadt Ab. 3.00. Frank Buda-Pest Ab. 26.76. Hch hier Ab. 50.00. Sijn Wien Ab. 25.50. Andrh Regen Ab. 1.67. Ant Frankfurt Ab. 64.00. Engl Keudnig Ab. 22.00. Euns Dresden Ann. 1.20. Insh Vna Schr. 1.66. Schr Frohnau Ab. 15.00. Str Darmstadt Ab. 25.00. Ter hier Ab. 1.25. Bhlmann Kachen Schr. 40.00. Rd Düsseldorf Schr. 12.10. Rd Cassel Ab. 20.79. Rd Köln Schr. 5.00. Strag Bonn Schr. 4.00. Rpp Riechen Ab. 1.70. Pshur hier Schr. 3.00. Arnldt Königsberg Schr. 0.50. Rbr Wien Schr. 1.50.

Dresden Restaurant & Billard, C. J. Evans, Bettinerstr. 19k, empfiehlt sich allen Parteigenossen.

Dsnabrück. Am ersten Ostertag, Morgens 10 $\frac{1}{2}$ Uhr in Gillebrand's Lokal:
Öeffentliche Wählerversammlung.
Tagesordnung: Vortrag. — Verschiedenes. 1 [60
G. Goldbeck.

Ottensen. Sonntag, den 21. April, als am ersten Ostertage, in Burmeister's Salon:

Grosses Vokal- und Instrumental-Concert mit Vorträgen etc.

unter Mitwirkung mehrerer Liedertafeln.
Festrede hält Herr Hartmann aus Hamburg.
Karte für 1 Herrn nebst Dame im Voraus 40 Pf. Damenkarten 15 Pf., an der Kasse 50 und 20 Pf.
Saalöffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr.
Karten hierzu sind an den bekannten Stellen und bei den Colporturen zu haben. [3,90] Das Comité.

Durch die Expedition des „Vorwärts“ ist zu beziehen:
Die Orientdebatte im deutschen Reichstage (vollständig nach dem amtlichen stenographischen Bericht). Kurz beleuchtet von W. Liebknecht. 5 Bogen. 8°. Preis 30 Pf.
Zur orientalischen Frage oder Soll Europa kosakisch werden? Ein Antwortschrift an das deutsche Volk von W. Liebknecht. Zweite, um 1 Bogen vermehrte Auflage, in der die neuesten Phasen der politischen Lage berücksichtigt sind. 4 Bogen. 8°. Preis 30 Pf.
Religion und Sozialismus. Eine nachgelassene Schrift aus dem Jahre 1869 von Dr. Bruntan. Den deutschen Arbeitern gewidmet. Zweite Auflage. 4 Bogen. 8°. Preis 40 Pf. (w)
Die religiöse Frage und das arbeitende Volk. Von Dr. C. Bruntan. Zweite Auflage, durchgesehen und ergänzt von Bruno Geiser. Preis 25 Pf.
Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung. Materialien für die sozialistische Agitation. Von Bruno Geiser. 7 Bogen. 8°. Preis 60 Pf. [5,10]

Armer Conrad. Preisherabsetzung.

Um mit dem Reste desselben zu räumen, ist der Preis auf 20 Pf. für gehetzte, und 40 Pf. für gebundene Exemplare herabgesetzt.
Bei Bezug von 10 Expl. und darüber Rabatt.
Bestellungen sind zu machen bei der Associations-Buchdruckerei in Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadierplatz 8a., sowie der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig, Färberstraße 12.

Die Expedition des „Vorwärts“
Verantwortlicher Redakteur: Hermann Gelfing in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12, II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.